



Freie und Hansestadt Hamburg

Bezirksamt Hamburg-Mitte

Bezirksamt Hamburg-Mitte, Postfach 10 22 20, D - 20015 Hamburg

Fachamt f. Verbraucherschutz, Gewerbe u. Umwelt
Abteilung techn. Umweltschutz, Wohnraumschutz

Caffamacherreihe 1-3
D - 20355 Hamburg
Telefon 040 – 42854- [REDACTED] Zentrale - 0
Telefax 040 – 42790- [REDACTED]

Ansprechpartnerin [REDACTED]
Zimmer [REDACTED]
E-Mail [REDACTED]

Az.: M/V/S314/570-09.06/220773

M / SL2 [REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Datum und Zeichen Ihres Schreibens

Aktenzeichen (bei Antwort bitte angeben)

Datum

13.06.2022

-M/V/S314/570-09.06/220773-

22.07.2022

B-Plan Hammerbrook 15, GrobAbstimmung 09.08.2022 **Stellungnahme zum Bodenschutz von A2 [REDACTED], A2 [REDACTED] und VS3 [REDACTED]** **Bezug: Ihre Email vom 13.06.2022**

Sehr geehrter [REDACTED],

im Bodeninformationssystem Altlasten der Freien und Hansestadt Hamburg ist für das B-Plan-gebiet ein Eintrag verzeichnet.

Im nördlichen Bereich überschneidet sich die Grenze des B-Plans Hammerbrook 15 mit einer **Grundwasserverunreinigung**, die im Altlasthinweiskataster unter der Nummer **6634-G002** geführt wird. Hier wurden zwischen 1997 und 2006 Schadstoffkonzentrationen von max. 78 bis 20 µg/l Summe leichtflüchtige, chlorierte Kohlenwasserstoffe (LCKW) in einer, im öffentlichen Gehweg der Spaldingstraße gelegenen, Grundwassermessstelle (7931) nachgewiesen. Der Grundwasserschaden reicht bis auf das Grundstück Spaldingstraße 138, welches als Altlastverdachtsfläche unter der Nummer 6634-035/00 geführt wird. Ein ursächlicher Zusammenhang mit der Altlastverdachtsfläche ist nicht nachgewiesen, kann aber auch nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden.

Aufgrund der abnehmenden Schadstoffkonzentration im Überwachungszeitraum, wurde die Überwachung der Grundwasserqualität eingestellt. Im Zuge der geplanten Umnutzung sollte eine erneute Beprobung der noch vorhandenen Grundwassermessstelle 7931 erfolgen.

Auf der o.g. **Altlastverdächtigen Fläche 6634-035/00** bestand bereits vor 1930 ein Lager für Schädlingsbekämpfungsmittel der Firma Ferdinand Heinrich Christlieb - Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfungsmittel.

Aufgrund der Nutzung innerhalb der ehemaligen Gebäude und der massiven Zerstörung der Lagerräume im 2. Weltkrieg ist eine Kontamination des Bodens mit Schadstoffen nicht auszuschließen. Zudem wurde ein Großteil der Gebäuderümmen zunächst im Boden belassen. Bei der Neubebauung und Anlage einer Tiefgarage im Jahr 1957 wurde der Boden zum Teil entfernt und die Fläche wieder vollständig bebaut bzw. versiegelt.

Die Datenschutzerklärung des Fachamtes Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt finden Sie im Internet unter:
<https://www.hamburg.de/mitte/datenschutzerklaerungen/>

Bei Nutzungsänderungen und Bauarbeiten ist das Antreffen von Schadstoffresten im Boden möglich. Bei Baumaßnahmen anfallender Bodenaushub/Bauschutt sollte abfallrechtlich gemäß LAGA-Richtlinien bewertet werden. Für den Aushub ist mit erhöhten Verwertungs-/Entsorgungskosten zu rechnen. Im Bereich des geplanten BV ist sicherzustellen, dass der vorhandene Oberboden insbesondere im Bereich der Grünflächen für die Nutzung geeignet ist.

Im Bereich der Nordkanalstraße befindet sich die **Verdachtsfläche 6232-013-00**, ein verfüllter Kanalabschnitt des ehemaligen Nordkanals mit der Spezifizierung Erdaushub oder Bauschutt mit schädlichen Verunreinigungen. Über die Verfüllungsmaterialien liegen der BUKEA keine Angaben vor.

Da hier keine Nutzungsänderung geplant ist, sind bezüglich der Schadstoffsituation des Auffüllungskörpers keine weiteren Untersuchungen erforderlich.

Das B-Plangebiet liegt auf einer **Projektfläche** der Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft (BUKEA) (**GasBW-000**), diese umfasst einen Bereich der Elbmarsch, in dem organische Weichschichten (Klei, Mudde und Torf) im Untergrund vorhanden sind. Infolge von Zersetzungprozessen in diesen Böden können auf natürliche Weise Bodengase (Methan [CH₄] und Kohlendioxid [CO₂]) entstehen. Bodengase können bis in die oberflächennahen Bodenschichten aufsteigen, sich insbesondere unter versiegelten/bebauten Flächen anreichern und ggf. in bauliche Anlagen eindringen.

Bei der Errichtung von Gebäuden sind daher vorsorglich bauliche Sicherungsmaßnahmen zur Verhinderung von Gasansammlungen und Gaseintritten in das Gebäude vorzusehen. Alternativ kann durch ein Bodenluftgutachten der Nachweis der Unbedenklichkeit der Bodenluftzusammensetzung auf dem Grundstück erbracht werden oder durch ein Baugrundgutachten nachgewiesen werden, dass die Weichschichtenmächtigkeit auf dem Grundstück 2 Meter unterschreitet. Das Untersuchungskonzept für ein Bodenluftgutachten und die aus der Prüfung und Bewertung der Untersuchungsergebnisse ggf. resultierenden Maßnahmen sind mit der BUKEA, Abteilung Bodenschutz und Altlasten (A2), abzustimmen.

Das B-Plangebiet liegt zudem auf der **Projektfläche BodUG-001** der Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft. Die Fläche ist aufgrund der geplanten Gewerbenutzung nicht von Bedeutung.

Die Zuständigkeit für die o.g. Flächen verteilt sich aufgrund der Zuständigkeitsanordnung im Bodenschutzrecht auf die BUKEA und auf das Bezirksamt Hamburg-Mitte. Die Stellungnahme wird aus diesem Grund von der BUKEA (A2, A2) und dem BA Mitte (VS3) gemeinsam abgegeben.

Mit freundlichen Grüßen

